

Niederschrift
über die 11/2. Sitzung des Rates
am Montag, 14.12.2020

Ort der Sitzung: **Stadthalle, Villeneuver Straße 5, 53359 Rheinbach**

Beginn: **18:00 Uhr**

Ende: **20:15 Uhr**

Von den Mitgliedern waren
anwesend:

Entschuldigt:

Verwaltung / Gäste:

Bürgermeister

Banken, Ludger

Kohlosser, Walter
Kämmerer

Ratsmitglieder (CDU)

Brozio, Kurt

Burke, Thomas

Hell, Mathias

Knott, Jan

Pfahl, Ferdinand

Pütz, Markus

Rick, Ilka

Sander, Ulrich

Schneider, Joachim

Schragen, Georg

Thielen, Maureen, Dr.

Weber, Bruno

Wilhelm-Buchstab, Timo, Dr.

(ab 19.31 Uhr (TOP 6.9))

Wolf, Oliver

Hoffmann, Daniela
Fachbereichsleiterin

Thünker-Jansen, Margit
Fachbereichsleiterin

Wilhelm, Sonja
Schriftführerin

Ratsmitglieder (SPD)

Grünberg, Pia

Kerstholt, Karl Heinrich

Koch, Martina

Krupp, Ute

Lüdemann, Jürgen

Quadflieg, Donata

Rohloff, Michael

Vary, Eva

Wilmers, Georg, Dr.

Ratsmitglieder (UWG)

Ganten, Reinhard H., Dr.

Huth, Dieter

Josten-Schneider, Silke

Kramme, Hinrich

Meyer, Jörg

Schüller, Ellen

Specht, Dagmar

Ratsmitglieder (FDP)

Euskirchen, Lorenz

Rentzsch, Jana

Ruland, Sebastian

Ratsmitglieder (B'90/Die Grünen)

Beckers, Carolin

Bogert, Stephan

Lenke, Nils, Dr.

Nagel, Axel

Rupprecht, Deborah

Schiebener, Heribert

Seiffert-Schollmeyer, Urte

Tagesordnung

zur 11/2. Sitzung des Rates
am Montag, 14.12.2020

TO-Punkt Nr.	Beratungsgegenstand	Vorlagen- Nr.
A)	ÖFFENTLICHE SITZUNG	
1	Anerkennung der Tagesordnung	
2	Einwohnerfragestunde	
	./.	
3	Bürgeranträge	
	./.	
4	Ortsrecht	
4.1	Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Rheinbach gemäß § 47 Gemeindeordnung NRW (GO NRW)	BV/0047/2020
4.2	Zuständigkeitsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Rheinbach im Sinne des § 57 Absatz 4 Satz 1 Gemeindeordnung NRW (GO NRW)	BV/0048/2020
4.3	Änderung der Satzung des Jugendamtes der Stadt Rheinbach	BV/1470/2020
4.4	Delegierung der Angelegenheiten des Rates auf den Haupt- und Finanzausschuss gemäß § 60 Absatz 1 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW)	BV/0051/2020
5	Allgemeine Angelegenheiten	
5.1	Beschlussfassung über die Gültigkeit der Wahl des Bürgermeisters und der Vertretung der Stadt Rheinbach vom 13.09.2020 sowie der Stichwahl des Bürgermeisters vom 27.09.2020	BV/0044/2020
6	Finanzangelegenheiten	
6.1	Kenntnisnahme von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Investitionsauszahlungen des Jahres 2019	B/0246/2020
6.2	Neufestsetzung der Kanalbenutzungsgebühren und der Benutzungsgebühren für Grundstücksentwässerungsanlagen ab dem 01.01.2021	BV/1445/2020

6.3	Neufestsetzung der Straßenreinigungsgebühren für die Bereiche "Kehrdienst" und "Winterdienst" ab dem 01.01.2021	BV/1448/2020
6.4	Neufestsetzung der Friedhofsgebühren ab dem 01.01.2021	BV/1449/2020
6.5	Feststellung des Jahresabschlusses 2019, die Verwendung des Jahresgewinns und die Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Wasserwerk sowie des Betriebsausschusses	BV/1454/2020
6.6	Entwurf des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebes Wasserwerk für das Geschäftsjahr 2021 und der Finanzplanung für die Jahre 2020 bis 2024	BV/1455/2020
6.7	Jahresabschluss 2019; Feststellungs- und Entlastungsbeschluss des Rates nach § 96 GO NRW	BV/1385/2020/2
6.8	Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltssicherungskonzepts für das Haushaltsjahr 2021	BV/1469/2020
6.9	Investitionspakt zur Förderung des Sports; Hier: Antragsverfahren 2021	BV/1474/2020
7	Grundstücksangelegenheiten	
	./.	
8	Bau- und Planungsangelegenheiten	
	./.	
9	Besetzung von Ausschüssen und Gremien	
9.1	Bildung und Besetzung des Jugendhilfeausschusses gemäß § 58 Absatz 1 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) i. V. m. § 71 SGB VIII und §§ 4 und 5 AG-KJHG	BV/0045/2020
10	Anträge von Fraktionen und Ratsmitgliedern	
10.1	Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 29.11.2020 zur Einrichtung verkehrsberuhigter Bereiche im Weilerfeld	AN/0489/2020
10.2	Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 29.11.2020 zum Thema "Roadmap Hauptstraße"	AN/0491/2020
10.3	Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 29.11.2020 zum Thema "Nutzungsoptionen für das Areal Pallottistraße 1"	AN/0492/2020
11	Anfragen von Fraktionen	
11.1	Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 18.10.2020 zum "IT-Support" der Schulen durch die Stadt Rheinbach	AF/0141/2020

12 **Mitteilungen des Vorsitzenden**

B) NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

13 **Allgemeine Angelegenheiten**

./.

14 **Finanzangelegenheiten**

14.1 Vergabe von Dachdeckerarbeiten zur Dachsanierung des
Umkleidetraktes der Sporthalle Berliner Straße

BV/1473/2020

15 **Grundstücksangelegenheiten**

15.1 Gesetzliches Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB;
Grundstück Gemarkung Rheinbach, Flur 25, Flurstück 162

BV/1467/2020

16 **Bau- und Planungsangelegenheiten**

./.

17 **Personalangelegenheiten**

./.

18 **Mitteilungen des Vorsitzenden**

Niederschrift	11/2. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 14.12.2020

Bürgermeister Banken begrüßte alle Anwesenden, insbesondere die Damen und Herren des Rates, die Mitarbeiter*innen der Verwaltung, die Besucher*Innen und die Vertreter*innen der Presse. Er stellte fest, dass zur Sitzung frist- und formgerecht eingeladen wurde. Außerdem stellte er die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

A) ÖFFENTLICHE SITZUNG

TOP	1	Anerkennung der Tagesordnung
-----	---	------------------------------

Bürgermeister Banken informierte, dass er die Tagesordnung um folgende Punkte erweitern möchte:

A) ÖFFENTLICHE SITZUNG		
4.4	Delegierung der Angelegenheiten des Rates auf den Haupt- und Finanzausschuss gemäß § 60 Absatz 1 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW)	BV/0051/2020
6.9	Investitionspakt zur Förderung des Sports; Hier: Antragsverfahren 2021	BV/1474/2020
B) NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG		
14.1	Vergabe von Dachdeckerarbeiten zur Dachsanierung des Umkleidetракtes der Sporthalle Berliner Straße	BV/1473/2020

Er erläuterte, dass es bei Tagesordnungspunkt 4.4 darum gehe, dass aufgrund der nun wieder besonders akuten Pandemiesituation der Rat seine Befugnisse vorübergehend auf den Haupt- und Finanzausschuss delegieren solle.

Bei den Tagesordnungspunkten 6.9 und 14.1 sei die Befassung mit diesen Themen erforderlich, weil die Förderanträge der Stadt Rheinbach für das Programmjahr 2020 nicht berücksichtigt wurden.

Ratsherr Dr. Wilmers (SPD) stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt 10.3 „Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 29.11.2020 zum Thema „Nutzungsoptionen für das Areal Pallottistraße 1“ ganz zum Schluss der Sitzung öffentlich zu beraten. Er hofft zuvor auf einen Bericht oder eine Mitteilung des Vorsitzenden im nichtöffentlichen Teil.

Daraufhin lässt Bürgermeister Banken über die Tagesordnung mit den genannten Änderungen abstimmen.

Er benennt nach der Anerkennung der Tagesordnung Ratsfrau Beckers (Grüne), Ratsherr Euskirchen (FDP) und Ratsherr Burke (CDU) zu Stimmzähler*in.

Niederschrift	11/2. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 14.12.2020

Beschluss					
Die Tagesordnung wird in der geänderten Form anerkannt.					
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt					
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP
JA	X	X	X	X	X
NEIN					
ENTHALTUNG					

TOP	2	Einwohnerfragestunde
------------	----------	----------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Einwohnerfragen vor.

TOP	3	Bürgeranträge
------------	----------	---------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Bürgeranträge vor.

TOP	4	Ortsrecht
------------	----------	-----------

TOP	4.1	Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Rheinbach gemäß § 47 Gemeindeordnung NRW (GO NRW)
------------	------------	---

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag ein gemeinsamer Änderungsantrag aller fünf Fraktionen vor.

Darüber hinaus beantragte Ratsherr Nagel (Grüne) § 3 Absatz 2 der Geschäftsordnung um den Satz zu ergänzen: „des Weiteren soll jeder Antrag eine kurze, grobe Abschätzung der Klimarelevanz enthalten. Ebenso beantragte er, § 5 Absatz 2 der Geschäftsordnung wie folgt zu ergänzen: „des Weiteren muss die Klimarelevanz geprüft und das Ergebnis begründet werden. Bei nicht unerheblichen Auswirkungen muss die Klimawirkung dargestellt werden.“ Als Begründung bezieht er sich auf die Resolution zum Klimaschutz, die der Rat im letzten Jahr verabschiedet hat.

Ratsherr Huth (UWG) sprach sich gegen den vorgeschlagenen Änderungsantrag von Ratsherrn Nagel aus. Er gehe davon aus, dass sich die Verwaltung ausreichend mit dem Thema befasse. Er verweist auf die Orientierungshilfe für die Prüfung klimarelevanter Beschlussvorlagen in kommunalen Gebietskörperschaften des Deutschen Städtetages.

Daraufhin lässt Bürgermeister Banken über den Änderungsantrag von Ratsherrn Nagel abstimmen.

Niederschrift	11/2. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 14.12.2020

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP
JA				X	
NEIN	X	X	X		X
ENTHALTUNG					

Bürgermeister Banken bezieht sich auf den Änderungsantrag der Fraktionen zu § 27 Absatz 4. Er regt an, daraus im ersten Satz eine Soll-Vorschrift zu machen und auf den ergänzten Satz 5 zu verzichten. Für Einwendungen zur Niederschrift gebe es bereits ein ausreichen erläutertes Verfahren.

Bei § 17 Absatz 2 regt Bürgermeister Banken an, die Sitzungsunterbrechung auf max. 15 Minuten festzulegen (analog der bisherigen Geschäftsordnung).

Bürgermeister Banken lässt über den Änderungsantrag der im Rat vertretenen Fraktionen mit den von ihm vorgetragenen Modifikationen abstimmen.

Zu § 5 Absatz 2 erfolgt auf Antrag von Ratsherr Dr. Wilmers (SPD) eine Einzelabstimmung.

Beschluss																													
<p>§ 5 Absatz (2) wird um folgenden Satz 3 ergänzt: „Des Weiteren muss die Klimarelevanz geprüft und das Ergebnis dargestellt werden.“</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt mit Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td></td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>X</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p>§ 17 Absatz (2) wird um die folgenden Sätze 4 und 5 ergänzt: „Anträgen auf Unterbrechung der Sitzung ist ohne Aussprache stattzugeben. Sitzungsunterbrechungen sollen nicht länger als 15 Minuten dauern.“</p> <p>§ 30 wird um folgenden Absatz (2) ergänzt: „Jede*r sachkundige*r Bürger*in ist berechtigt, Anträge an den Ausschuss zu stellen, dem sie*er angehört. Sie sind von dieser*m und einem Mitglied des Fraktionsvorstandes zu unterzeichnen.“ Der bisherigen Absatznummerierungen verschieben sich entsprechend.</p> <p>§ 27 Absatz (4) Satz 3 wird wie folgt gefasst: „Die Niederschrift soll allen Ratsmitgliedern innerhalb eines Monats in der Form bekannt gegeben werden, in der die Einberufung der Sitzung erfolgte.“</p> <p>Ansonsten beschließt der Rat der Stadt Rheinbach die beigefügte „Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Rheinbach“.</p>							CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	JA	X	X	X		X	NEIN						ENTHALTUNG				X	
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP																								
JA	X	X	X		X																								
NEIN																													
ENTHALTUNG				X																									

Niederschrift	11/2. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 14.12.2020

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP
JA	X	X	X	X	X
NEIN					
ENTHALTUNG					

TOP	4.2	Zuständigkeitsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Rheinbach im Sinne des § 57 Absatz 4 Satz 1 Gemeindeordnung NRW (GO NRW)
-----	-----	---

Auch hierzu liegt ein gemeinsamer Änderungsantrag der im Rat vertretenen Fraktionen vor.

Ratsherr Dr. Lenke (Grüne) beantragt darüber hinaus, dass der Forstwirtschaftsplan zukünftig im Ausschuss für Umwelt und Mobilität und nicht wie bisher im Haupt- und Finanzausschuss beraten werden solle. Er begründet dies damit, dass der Wald viele Zwecke erfülle. In den letzten Jahren und Jahrzehnten hätte immer die wirtschaftliche Seite und die erzielbaren Erlöse im Vordergrund gestanden. Aber die Situation, in die der Wald zurzeit sei und die Erwartungen, die an ihn als Co2-Senker gestellt würden, veranlassen ihn, den Schwerpunkt in der nächsten Legislaturperiode auf den Umweltaspekt zu legen. Er bittet um eine getrennte Abstimmung.

Ratsherr Huth (UWG) ist der Meinung, dass die Beratung des Forstwirtschaftsplanes weiterhin im Haupt- und Finanzausschuss verbleiben solle, da es hier rein um die Finanzen gehe. Andere Aspekte könnten im Ausschuss für Umwelt und Mobilität beraten werden.

Bürgermeister Banken lässt darüber abstimmen, ob der Forstwirtschaftsplan weiterhin im Haupt- und Finanzausschuss beraten werden soll.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen
gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP
JA	X	X	X		X
NEIN				X	
ENTHALTUNG					

Bürgermeister Banken nahm zu einigen Punkten des Änderungsantrages der im Rat vertretenden Fraktionen Stellung und es erfolgte zu den jeweiligen Punkten eine Aussprache.

Auf Nachfrage erläuterte Fachbereichsleiterin Hoffmann die Verfahrensweise zum Vorkaufsrecht. In den Fällen, bei denen aufgrund von gesetzlichen Regelung eine Ausübung des Vorkaufsrechts ausgeschlossen sei, entscheidet der Bürgermeister als Geschäft der laufenden Verwaltung (sog. Negativatteste bzw. Abwendungsvereinbarungen) darüber.

In den Fällen, in denen ein gesetzliches Vorkaufsrecht bestehe und die Stadt im Rahmen ihres Ermessens davon Gebrauch machen kann oder nicht, ist die Entscheidung eines Gremiums

Niederschrift	11/2. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 14.12.2020

erforderlich. Diese Aufgabe werde mit der vorliegenden Zuständigkeitsordnung vom Rat auf den Haupt- und Finanzausschuss delegiert.

Bürgermeister Banken geht weiter auf den Änderungsantrag ein und bittet bei § 13 unter dem Punkt „Monte Mare als Sportstätte“ um die Ergänzung der Formulierung: „vorbehaltlich der Zuständigkeiten des Haupt- und Finanzausschusses gemäß § 6 dieser Zuständigkeitsordnung“.

In § 18 soll in Absatz 1 hinter den Worten „... Verlängerung von Verträgen“ „bis 100.000 €“ eingefügt werden. Bürgermeister Banken erläutert, dass dies nicht nötig sei, wenn eine Ausschreibung vorausgegangen und die Verlängerungsoption im Ursprungsvertrag vereinbart sei. Dies werde zudem durch ein Sechs-Augen-Prinzip (Fachamt, Vergabestelle und Rechnungsprüfungsamt) geprüft. Hierdurch entstünden keine zusätzlichen Kompetenzen für den Bürgermeister.

Ratsherr Dr. Wilmers erläuterte, dass es den Fraktionen bewusst war, dem Bürgermeister hier keine zusätzliche Kompetenz zu geben. Hier sollte deutlich gemacht werden, dass Vertragsverlängerungen ebenfalls nur bis 100.000 € möglich sind. Es soll ausgeschlossen werden, dass bei einer Verlängerung über ein größeres Volumen entschieden werden kann, als bei einer originären Vergabe.

Weiterhin soll in § 18 Absatz 3 nach dem zweiten Satz der Satz eingefügt werden: „Unaufschiebbar ist ein Fall dann, wenn keine Dringlichkeitsentscheidung gemäß Gemeindeordnung rechtzeitig möglich ist“. Bürgermeister Banken bittet hier den folgenden Satz noch mit aufzunehmen: „Hiervon ausgenommen sind Vorgänge aufgrund gesetzlicher bzw. vertraglicher Verpflichtungen“.

Ratsherr Dr. Wilmers (SPD) gibt zu bedenken, dass bei vertraglichen Verpflichtungen das Geld bereits im Haushaltsplan veranschlagt sein müsse. Er könne sich nicht vorstellen, dass gesetzliche Verpflichtungen so plötzlich auftreten, dass dann darüber keine Entscheidung getroffen werden könne. Notfalls müsse hier eine Dringlichkeitsentscheidung herbeigeführt werden.

Bürgermeister Banken erklärte, dass es bei überplanmäßigen Ausgaben häufiger vorkommt, als bei außerplanmäßigen und hält es für nicht erforderlich bei jeder über- oder außerplanmäßigen Ausgabe eine Dringlichkeitsentscheidung herbeizuführen. Kämmerer Kohlosser führte als Beispiel die Leistungen des Jugendamtes oder des Kitabereiches auf, bei dem die im laufenden Jahr auftretenden Fälle nicht abgeschätzt werden können. Hier kann es zu überplanmäßigen Ausgaben kommen. Auch bei der Volkshochschule wurde jetzt im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten festgestellt, dass eine Nachschussverpflichtung der zweckverbandsangehörigen Kommunen Wirkung entfaltet, die ursprünglich nicht in den Haushaltsplan aufgenommen wurden.

Der Wunsch der Fraktionen war es auch § 18 Absatz 11 „Kauf und Verkauf von Grundstücken bis zu einem Wert von 100.000 €“ zu streichen. Bürgermeister Banken informierte, dass er mit diesem Punkt nicht am Rat vorbeizugehen und zahlreiche Grundstücke aufkaufen wolle, sondern hier ginge es darum, Parzellen erwerben zu können, die für Straßen oder Ausgleichsflächen benötigt werden.

Da § 20 „Information des Rates“ des Änderungsantrages noch nicht ganz ausgereift erscheint, schlägt der Vorsitzende vor, diesen nochmals gemeinsam intensiv zu diskutieren und in dieser Sitzung nicht zu beschließen. Es seien z.B. Angelegenheiten aufgeführt, die nicht in den Rat, sondern in die Ausschüsse gehören sollten oder Berichtspflichten aufgeführt, die schon per Gesetz bestehen. Außerdem müsste sich noch über den Berichtszeitraum geeinigt werden. Außerdem informierte Bürgermeister Banken darüber, dass mit Beginn der neuen Wahlperiode ein Beschlusscontrolling für

Niederschrift	11/2. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 14.12.2020

den Rat und die Ausschüsse eingeführt werde, welches einige der in § 20 gewünschten Informationen beinhalten wird.

Ratsherr Huth (UWG) spricht sich grundsätzlich für die Informationspflicht der Verwaltung aus. Da diese entsprechend den Bemerkungen des Bürgermeisters noch zu überarbeiten seien, regt er an, § 20 zurückzustellen und in der nächsten Ratssitzung darüber zu entscheiden.

Ratsfrau Rentzsch (FDP) ist eine einvernehmliche Lösung wichtig. Sie signalisiert hier Kompromissbereitschaft und ist auch der Meinung, dass noch Gesprächsbedarf bestehe. Deshalb solle § 20 zurückgestellt und in der nächsten Ratssitzung beschlossen werden.

Ratsherr Schneider (CDU) ist ebenfalls mit einer Zurückstellung des § 20 einverstanden. Da dann die Zuständigkeitsordnung sowieso noch einmal geändert werden müsse, bat er darum den § 18 Absatz 3 ebenfalls zurückzustellen, da er auch hier noch Gesprächsbedarf sieht.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen mehr gab, lässt Bürgermeister Banken über die Zuständigkeitsordnung abstimmen.

Beschluss	
<p>Der Rat beschließt die Zuständigkeitsordnung mit folgenden Änderungen:</p> <p>§ 3 Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst: „Anregungen und Beschwerden in spezialgesetzlich vorgeschriebenen Verfahren zur Beteiligung der Öffentlichkeit (z.B. Stellungnahmen in Bebauungsplanaufstellungsverfahren) sind keine Anregungen und Beschwerden im Sinne des Satzes 1.“</p> <p>Bei § 6 wird bei den Empfehlungsrechten die sechste Aufzählung „Städtepartnerschaften und Patenschaften“ gestrichen.</p> <p>Bei § 6 wird bei den Entscheidungsrechten der Verweis auf § 24 durch § 19 und der Verweis auf § 25 durch § 18 ersetzt.</p> <p>In § 6 wird bei den Entscheidungsrechten die siebte Aufzählung aufgeteilt in „An- und Verkauf von Grundstücken“ und „Ausübung von Vorkaufsrechten soweit sie nicht nach § 19 dieser Zuständigkeitsordnung als Geschäft der laufenden Verwaltung gelten.“</p> <p>In § 8 wird der letzte Satz wie folgt gefasst: „Er hat das Recht, an den Rat Anträge zu stellen und Vorschläge und Empfehlungen zur Planung und Gestaltung von Kinderspielplätzen abzugeben“.</p> <p>In § 12 werden die Empfehlungsrechte ergänzt um: „Kommunale Maßnahmen zur Förderung der Inklusion und der Familienfreundlichkeit.“</p> <p>§ 13 wird um den Punkt „Monte Mare als Sportstätte vorbehaltlich der Zuständigkeiten des Haupt- und Finanzausschusses gemäß § 6 dieser Zuständigkeitsordnung“ ergänzt und der letzte Punkt in „Sportlerehrungen“ umgeändert.</p> <p>In § 14 werden die Empfehlungsrechte ergänzt um „Kommunale Maßnahmen zur Energiewirtschaft und zum Einsatz erneuerbarer Energien.“</p>	

Niederschrift	11/2. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 14.12.2020

Die Entscheidungsrechte (§ 14) werden ergänzt um „Stellungnahmen und Anträge zu Planungen überörtlicher Behörden oder benachbarter Kommunen von städtebaulich herausragender Bedeutung“ und „städtebauliche Verträge, soweit nicht die Entscheidung rechtlich dem Rat vorbehalten ist“ und „Kommunale bauliche Maßnahmen der Klimafolgenanpassung.“

In § 15 wird bei den Empfehlungsrechten „Städtepartnerschaften und Patenschaften“ eingefügt.

In § 15 wird bei den Entscheidungsrechten der zweite Punkt umgeändert in: „Angelegenheiten der Gewerbe- und Wirtschaftsförderung, des Tourismus, der Stadtwerbung und konzeptionellen Weiterentwicklung im Sinne des Stadtmarketings, insbesondere für: ...“. und im letzten Punkt wird „b) Fremdenverkehr“ gestrichen und c) zu b) und d) zu c).

In § 16 werden die Entscheidungsrechte ergänzt um
 „Kommunale Maßnahmen zum Umwelt-, Natur-, Klima- und Tierschutz.“
 und
 „Schutz und Nutzung des Stadtwaldes“ sowie
 „Fällung von städtischen Bäumen außerhalb des Stadtwaldes mit einem Stammumfang von mindestens 50 cm in 1,50 Meter Höhe vom Boden.“

In § 18 wird in Absatz 1 hinter den Worten „... Verlängerung von Verträgen“ eingefügt „bis 100.000 €“.

Der Absatz 11 „Kauf und Verkauf von Grundstücken bis zu einem Wert von 100.000 €“ wird gestrichen.

Im Übrigen wird der vorgelegten Zuständigkeitsordnung zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt.

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP
JA	X	X	X	X	X
NEIN					
ENTHALTUNG					

TOP	4.3	Änderung der Satzung des Jugendamtes der Stadt Rheinbach
-----	-----	--

Ratsherr Dr. Lenke (Grüne) und Ratsfrau Rentsch (FDP) sprechen sich dafür aus, dass – sobald es wieder ein Jugendparlament gibt – hierfür ein Sitz im Jugendhilfeausschuss eingerichtet wird.

Beschluss	
------------------	--

Der beigefügten 4. Satzung zur Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Rheinbach wird zugestimmt.

Niederschrift	11/2. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 14.12.2020

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP
JA	X	X	X	X	X
NEIN					
ENTHALTUNG					

TOP	4.4	Delegierung der Angelegenheiten des Rates auf den Haupt- und Finanzausschuss gemäß § 60 Absatz 1 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW)
-----	-----	---

Beschluss

Aufgrund der vom Landtag Nordrhein-Westfalen festgestellten epidemischen Lage von landesweiter Tragweite, beschließt der Rat gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 und 2 GO NRW, dass der Haupt- und Finanzausschuss in Angelegenheiten entscheidet, die der Beschlussfassung des Rates unterliegen.

Diese Regelung tritt spätestens mit Ablauf des 31. Januar 2021 außer Kraft.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
mit Enthaltung der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP
JA	X	X	X		X
NEIN					
ENTHALTUNG				X	

TOP	5	Allgemeine Angelegenheiten
-----	---	----------------------------

TOP	5.1	Beschlussfassung über die Gültigkeit der Wahl des Bürgermeisters und der Vertretung der Stadt Rheinbach vom 13.09.2020 sowie der Stichwahl des Bürgermeisters vom 27.09.2020
-----	-----	--

Beschluss

Es liegen keine der unter § 40 Absatz 1 Buchstaben a) bis c) Kommunalwahlgesetz (KWahlG) genannten Fälle vor.

Die Wahl des Bürgermeisters sowie der Vertretung der Stadt Rheinbach vom 13.09.2020 und die Stichwahl des Bürgermeisters der Stadt Rheinbach vom 27.09.2020 werden hiermit gemäß § 40 Absatz 1 Buchstabe d) KWahlG für gültig erklärt.

Niederschrift	11/2. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 14.12.2020

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP
JA	X	X	X	X	X
NEIN					
ENTHALTUNG					

TOP	6	Finanzangelegenheiten
------------	---	-----------------------

TOP	6.1	Kenntnisnahme von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Investitionsauszahlungen des Jahres 2019
------------	-----	--

Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Investitionsauszahlungen des Jahres 2019 wurden zur Kenntnis genommen.

TOP	6.2	Neufestsetzung der Kanalbenutzungsgebühren und der Benutzungsgebühren für Grundstücksentwässerungsanlagen ab dem 01.01.2021
------------	-----	---

Beschluss

Der Rat beschließt die als Anlage 3 beigefügte 8. Satzung zur Änderung des „Beitrags- und Gebührentarifs“ zur Ordnung zur Erhebung von Beiträgen und Gebühren sowie für den Ersatz von Aufwendungen (Beitrags- und Gebührenordnung) zur Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Rheinbach und der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen vom 13.12.2013.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP
JA	X	X	X	X	X
NEIN					
ENTHALTUNG					

Niederschrift	11/2. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 14.12.2020

TOP	6.3	Neufestsetzung der Straßenreinigungsgebühren für die Bereiche "Kehrdienst" und "Winterdienst" ab dem 01.01.2021
-----	-----	---

Beschluss																									
<p>Der Rat beschließt die als Anlage 3 beigefügte 16. Satzung zur Änderung der „Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Rheinbach – Straßenreinigungs- und Gebührensatzung“ vom 30.09.2010 auf Grundlage der als Anlagen 1 und 2 beigefügten Gebührenkalkulationen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</p> <table border="1" data-bbox="212 669 997 846"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>			CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	JA	X	X	X	X	X	NEIN						ENTHALTUNG					
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP																				
JA	X	X	X	X	X																				
NEIN																									
ENTHALTUNG																									

TOP	6.4	Neufestsetzung der Friedhofsgebühren ab dem 01.01.2021
-----	-----	--

Beschluss																									
<p>Der Rat beschließt die als Anlage 2 beigefügte 9. Satzung zur Änderung des „Gebührentarifs zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Rheinbach“ auf der Grundlage der als Anlage 1 beigefügten Gebührenkalkulation.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</p> <table border="1" data-bbox="212 1350 997 1527"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>			CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	JA	X	X	X	X	X	NEIN						ENTHALTUNG					
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP																				
JA	X	X	X	X	X																				
NEIN																									
ENTHALTUNG																									

TOP	6.5	Feststellung des Jahresabschlusses 2019, die Verwendung des Jahresgewinns und die Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Wasserwerk sowie des Betriebsausschusses
-----	-----	--

Beschluss	
<p>Dem Betriebsausschuss wird, unter dem Vorbehalt, dass die Gemeindeprüfungsanstalt NRW den nach § 103 GO NRW i. V. m. der Übergangsvorschrift in Artikel 10 des 2. NKFVG NRW vorgeschriebenen Prüfungsvermerk ohne Einwendungen verfügt, Entlastung erteilt.</p>	

Niederschrift	11/2. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 14.12.2020

Der Jahresabschluss 2019 des Eigenbetriebs Wasserwerk wird gemäß § 4 c) der Eigenbetriebsverordnung mit einem Jahresgewinn von 207.087,03 € festgestellt, der zu verwenden ist.

Eine Ausschüttung als Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 164.095,13 € ist an die Stadt abzuführen. Diese soll aus dem Jahresgewinn in Höhe von 207.087,03 € bedient werden.

Der verbleibende Jahresgewinn in Höhe von 42.991,90 € wird dem Bilanzgewinn zugeführt.

Nach Ausschüttung ergibt sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 1.418.042,20 €.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP
JA	X	X	X	X	X
NEIN					
ENTHALTUNG					

TOP	6.6	Entwurf des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebes Wasserwerk für das Geschäftsjahr 2021 und der Finanzplanung für die Jahre 2020 bis 2024
------------	------------	--

Beschluss																									
Dem als Anlage beigefügten Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Wasserwerk für das Geschäftsjahr 2021 sowie der Finanzplanung für die Jahre 2020 bis 2024 wird zugestimmt.																									
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt																									
	<table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>		CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	JA	X	X	X	X	X	NEIN						ENTHALTUNG					
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP																				
JA	X	X	X	X	X																				
NEIN																									
ENTHALTUNG																									

TOP	6.7	Jahresabschluss 2019; Feststellungs- und Entlastungsbeschluss des Rates nach § 96 GO NRW
------------	------------	--

Bürgermeister Banken erklärt sich bei diesem Tagesordnungspunkt für befangen und stimmte nicht mit.

Sein Stellvertreter, Ratsherr Karl Heinrich Kerstholt (SPD) übernimmt den Vorsitz und lässt über den vorliegenden Beschluss abstimmen.

Niederschrift	11/2. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 14.12.2020

Beschluss																									
<p>1. Der Rat nimmt die Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses zur Kenntnis.</p> <p>2. Auf der Grundlage der Stellungnahme stellt der Rat den geprüften Jahresabschluss 2019 mit einer Bilanzsumme von 316.567.668,88 € fest.</p> <p>3. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 272.690,54 € ist aus der allgemeinen Rücklage zu decken. Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2019 Entlastung erteilt</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung von Bürgermeister Banken</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>			CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	JA	X	X	X	X	X	NEIN						ENTHALTUNG					
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP																				
JA	X	X	X	X	X																				
NEIN																									
ENTHALTUNG																									

TOP	6.8	Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltssicherungskonzepts für das Haushaltsjahr 2021
-----	-----	---

Kämmerer Kohlosser bringt den Entwurf der Haushaltssatzung 2021 für die Stadt Rheinbach mit der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes bis 2021 und der Finanzplanung bis 2024 am 14.12.2020 mit einer entsprechenden Haushaltsrede (siehe Anlage) in den Rat ein.

Ratsherr Kramme (UWG) bat um eine digitale Ausfertigung der Unterlagen. Dies wurde vom Kämmerer zugesagt.

Beschluss																									
<p>Der Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltssicherungskonzepts für 2021 werden zur Beratung in die Fraktionen verwiesen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>			CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	JA	X	X	X	X	X	NEIN						ENTHALTUNG					
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP																				
JA	X	X	X	X	X																				
NEIN																									
ENTHALTUNG																									

Niederschrift	11/2. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 14.12.2020

TOP	6.9	Investitionspakt zur Förderung des Sports; Hier: Antragsverfahren 2021
-----	-----	--

Ratsherr Dr. Wilmers (SPD) regte an, bei den zukünftigen Förderanträgen zu versuchen, den Mehrwert der Maßnahme darzulegen, um den Kriterien zu entsprechen, die das Land in den Erläuterungen zur Bewilligung der diesjährigen Fördergelder hat erkennen lassen.

Ratsherr Bogert (Grüne) bittet bei Nr. 2 des Beschlussvorschlages darauf zu achten, dass ein Belag gewählt wird, der sich vom bisherigen Kunststoffgranulat unterscheidet. Hier solle über Alternativen nachgedacht werden.

Außerdem bittet er um Mitteilung, warum die Verwaltung erst den Rasenplatz und dann den Tennenplatz saniert, obwohl der Stadtsportverband die Priorität genau anders herum gesehen habe. Da dies in der Sitzung nicht beantwortet werden konnte, wird die Beantwortung mit der Niederschrift nachgereicht.

Ratsfrau Beckers (Grüne) fragt nach, ob bei der Sanierung der Sportstätte in der Münstereifeler Straße, eine Erweiterung der Nutzung für andere Sportarten, z.B. Hockey sichergestellt werden könne. Die Beantwortung wird ebenfalls mit der Niederschrift nachgereicht.

Beschluss																									
1.	Der Förderantrag für die Dachsanierung des Umkleidetракtes der Sporthalle Berliner Str. wird nicht aufrecht erhalten für das Programmjahr 2021.																								
2.	Die Verwaltung wird beauftragt, den Förderantrag hinsichtlich der Erneuerung des Oberbelags des Kunststoffrasenplatzes an der Villeneuver Str. für das Förderprogrammjahr 2021 aufrecht zu erhalten und einen weiteren Förderantrag für die Maßnahme „Erneuerung Rasen Stadion Freizeitpark und Erneuerung Umlaufbahn in Kunststoffqualität“ zu stellen. Im Falle einer Gewährung der Förderung wird der Rat den Eigenanteil über- bzw. außerplanmäßig zur Verfügung stellen.																								
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt																									
	<table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>		CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	JA	X	X	X	X	X	NEIN						ENTHALTUNG					
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP																				
JA	X	X	X	X	X																				
NEIN																									
ENTHALTUNG																									

TOP	7	Grundstücksangelegenheiten
-----	---	----------------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Vorlagen vor.

TOP	8	Bau- und Planungsangelegenheiten
-----	---	----------------------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Vorlagen vor.

Niederschrift	11/2. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 14.12.2020

TOP	9	Besetzung von Ausschüssen und Gremien
-----	---	---------------------------------------

TOP	9.1	Bildung und Besetzung des Jugendhilfeausschusses gemäß § 58 Absatz 1 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) i. V. m. § 71 SGB VIII und §§ 4 und 5 AG-KJHG
-----	-----	---

Beschluss	
------------------	--

Aufgrund des einheitlichen Wahlvorschlags werden in den Jugendhilfeausschuss gewählt:

a.)	9 vom Rat gewählte Mitglieder mit Stimmrecht (3/5) (§ 71 Absatz 1 Ziffer 1 SGB VIII i. V. m. § 4 Absatz 2 Satzung für das Jugendamt der Stadt Rheinbach)		
Lfd. Nr.	Fraktion	Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
1.	CDU	Joachim Schneider	Björn Dederich
2.	CDU	Ulrich Sander	Dirk Barbian
3.	CDU	Antonia Federholzner	Winfried Weingartz
4.	SPD	Denise Limbach	Eva Wagner
5.	SPD	Donate Quadflieg	Karl Heinrich Kerstholt
6.	UWG	Erich Mosblech	Nina Kramme
7.	UWG	Dagmar Specht	Albert Wessel
8.	GRÜNE	Carolin Beckers	Stephan Bogert
9.	FDP	Markus Ressel	Carlo Knapp

b.)	6 stimmberechtigte Mitglieder (2/5) (§ 71 Absatz 1 Ziffer 2 SGB VIII i. V. m. § 4 Absatz 2 Satzung für das Jugendamt der Stadt Rheinbach)		
Lfd.Nr.	Träger	Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
10.	Carpe Diem	Kristin Schulte- Beckhausen 53359 Rheinbach	Martin Klug 53359 Rheinbach
11.	Katholische Kirchengemeinde Sankt Martin Rheinbach	Kristian Limbach 53359 Rheinbach	Gereon Schulte- Beckhausen 53359 Rheinbach

12.	Evangelische Kirche Ramershovener Straße 6 53359 Rheinbach	Thomas Arend 53359 Rheinbach	Christine Kunzelmann 53359 Rheinbach
13.	Kinder- und Jugendinitiative Merzbach e.V.	Maria Dörrscheidt 53359 Rheinbach	Monika Kerstholt 53359 Rheinbach
14.	Pfadfinderschaft Sankt Georg	Günter Spittel 53359 Rheinbach	Martin Fröhlich 53359 Rheinbach
15.	Verband Christlicher Pfadfinder*Innen Stamm Pfalzgraf Ezzo	Christoph Maurer 53359 Rheinbach	Sebastian Ruland 53359 Rheinbach

c.)

**8 beratende Mitglieder
(§ 5 Erstes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und
Jugendhilfegesetzes und § 4 Absatz 3 Satzung
für das Jugendamt der Stadt Rheinbach)**

Lfd.Nr.		Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
16.	Hauptverwaltungsbeamter	Bürgermeister Ludger Banken	Erster Beigeordneter Dr. Raffael Knauber
17.	Leiter des Jugendamtes Aachener Straße 16 53359 Rheinbach	Fachgebietsleiter Ferdinand Hüllen-Veith	Fachbereichsleiter Wolfgang Rösner
18.	Landgericht Bonn Wilhelmstraße 21 53111 Bonn	Richter am Amtsgericht Dr. Jan Fante	Richter am Amtsgericht Dr. Wolfgang Schmitz-Jansen
19.	Bundesagentur für Arbeit Villemombler Straße 101 53123 Bonn	Katrin Erb-Ruck	Mario Rosin
20.	Bezirksregierung Köln Zeughausstraße 2-10 50667 Köln	Anette Schwenk	NN
21.	Polizeipräsidium Bonn Königswinterer Straße 500 53227 Bonn	KHK Detlev Mathia	RBe Jacqueline Groß
22.	Jugendamtse Elternbeirat	Daniel Schmitz	Christine Immenkötter
23.	Abenteuer Pur e.V. Wadenheimweg 52 53359 Rheinbach	Pascal Egenberger	Simon Lauktien

Niederschrift	11/2. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 14.12.2020

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP
JA	X	X	X	X	X
NEIN					
ENTHALTUNG					

TOP	10	Anträge von Fraktionen und Ratsmitgliedern
-----	----	--

TOP	10.1	Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 29.11.2020 zur Einrichtung verkehrsberuhigter Bereiche im Weilerfeld
-----	------	--

Beschluss

Der Antrag wird zur weiteren Beschlussfassung in den Ausschuss für Umwelt und Mobilität verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP
JA	X	X	X	X	X
NEIN					
ENTHALTUNG					

TOP	10.2	Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 29.11.2020 zum Thema "Roadmap Hauptstraße"
-----	------	--

Beschluss

Der Antrag wird zur weiteren Beschlussfassung in den Ausschuss für Umwelt und Mobilität verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP
JA	X	X	X	X	X
NEIN					
ENTHALTUNG					

Niederschrift	11/2. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 14.12.2020

TOP	10.3	Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 29.11.2020 zum Thema "Nutzungsoptionen für das Areal Pallottistraße 1"
-----	------	--

Dieser Tagesordnungspunkt wird – wie bei der Anerkennung der Tagesordnung beschlossen – als nichtöffentlicher TOP 19 beraten. Bürgermeister Banken informierte den Rat über seine Gespräche mit den Verantwortlichen für das Pallotti-Areal.

Ratsherr Schiebener (Grüne) beantragte nach § 13 Absatz 3 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse eine dreiminütige Sitzungsunterbrechung.

Da dieser Punkt öffentlich beraten werden sollte schließt Bürgermeister Banken den nichtöffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Öffentlichkeit wieder her.

Ratsherr Dr. Lenke (Grüne) bittet den Antrag nicht zu verweisen und heute direkt zu entscheiden. Hintergrund sei, dass die Fraktion zur gegebenen Zeit nachweisen können möchte, dass die Stadt ein Interesse hat, ihr Vorkaufsrecht auszuüben.

Ratsherr Huth (UWG) stellt den Antrag, jetzt direkt und ohne weitere Diskussion über den Antrag abzustimmen.

Beschluss																													
<p>Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Optionen für eine zukünftige Nutzung des für eine nachhaltige Stadtentwicklung bedeutsamen Areals an der Pallottistraße 1, welches sich aktuell im Eigentum der Pallottiner befindet, im Sinne der Stadt in den Bereichen Soziales, Kultur, (Weiter-)Bildung oder Wohnen bestehen und dem zuständigen Ausschuss eine tabellarische Übersicht der aus der Sicht der Verwaltung sinnvollen Nutzungsoptionen vorzulegen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit den Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen</p> <table border="1" style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <th>JA</th> <td></td> <td></td> <td></td> <td>X</td> <td></td> </tr> <tr> <th>NEIN</th> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td></td> <td>X</td> </tr> <tr> <th>ENTHALTUNG</th> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>							CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	JA				X		NEIN	X	X	X		X	ENTHALTUNG					
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP																								
JA				X																									
NEIN	X	X	X		X																								
ENTHALTUNG																													

TOP	11	Anfragen von Fraktionen
-----	----	-------------------------

TOP	11.1	Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 18.10.2020 zum "IT-Support" der Schulen durch die Stadt Rheinbach
-----	------	--

Die Antworten der Verwaltung wurden zur Kenntnis genommen.

Niederschrift	11/2. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 14.12.2020

TOP	12	Mitteilungen des Vorsitzenden
-----	----	-------------------------------

Bürgermeister Banken informierte darüber, dass die Verwaltung mit der 11. Wahlzeit ein jährliches **Beschlusscontrolling** einführt. Ab 2022 werde jedes Gremium zur ersten Sitzung im Jahr seinen Controllingbericht, getrennt nach öffentlichen und nichtöffentlichen Beschlüssen erhalten. Der Controllingbericht gebe den Mandatsträgern einen Überblick über alle Vorgänge im Beschlusscontrolling, unterteilt in erledigte Beschlüsse und Beschlüsse in Umsetzung und insbesondere den aktuellen Realisierungsstand. Nähere Information werden der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Weiterhin berichtet der Vorsitzende über die aktuellen Zahlen zur **Coronavirus-Pandemie**.

Ratsfrau Krupp (SPD) möchte das Instrument der mündlichen Anfrage nutzen, welches eben bei der neuen Geschäftsordnung beschlossen wurde. Zum Thema „Barrierefreier Umbau von Bushaltestellen auf dem Gebiet der Stadt Rheinbach“ stellt sie folgende Fragen:

- a) Gibt es schon fertig gestellte barrierefreie Haltestellen? War die Ausschreibung des Umbaus von acht Haltestellen im Bauausschuss am 30.07.2020 erfolgreich, wann erfolgt der Umbau?
- b) Was ist mit allen weiteren Haltestellen? Das Thema hat uns in der letzten Wahlperiode mehrfach sehr intensiv im Ausschuss für Stadtentwicklung: Umwelt, Planung und Verkehr beschäftigt, es fehlten aber die zügige Umsetzung der Beschlüsse.

Bürgermeister Banken sagte eine Beantwortung im Ausschuss für Umwelt und Mobilität zu. Ratsherr Dr. Wilmers (SPD) und Ratsherr Brozio (CDU) baten in diesem Zusammenhang um Informationen, warum die Haltestelle von der Rheinbacher Kernstadt nach Oberdress links und rechts an der Bundesstraße errichtet wurde und warum die anderen Bushaltestellen in Oberdrees ausgebaut wurden. Eine Beantwortung werde ebenfalls im Ausschuss für Umwelt und Mobilität erfolgen.

Da keine weiteren Mitteilungen des Vorsitzenden in der öffentlichen Sitzung vorlagen, schloss er die Sitzung und stellte die Nichtöffentlichkeit her.

Sitzung des Rates am 14. Dezember 2020

Stellungnahme der Verwaltung zu

TOP 6.9 Investitionspaket zur Förderung des Sports; Hier: Antragsverfahren 2021

Ratsherr Bogert (Grüne) bat um Mitteilung, warum die Verwaltung erst den Rasenplatz und dann den Tennisplatz saniert, obwohl der Stadtsporverband die Priorität genau anders herum gesehen habe.

Die Stellungnahme hierzu lautet wie folgt:

Die in der Vorlage zitierte Beschlussfassung des Rates beruhte auf einem Antrag der FDP-Fraktion vom 15.08.. In diesem Antrag wird in der Begründung explizit die Erneuerung des Rasenplatzes und der leichtathletischen Einrichtungen angesprochen und nicht die Sanierung des Tennisplatzes. Hieraus ergibt sich die Priorisierung. Wie in den Erläuterungen dargestellt, ist über die detaillierte Ausgestaltung der Maßnahmen noch keine Entscheidung in den politischen Gremien getroffen worden.

Ratsfrau Beckers (Grüne) fragt nach, ob bei der Sanierung der Sportstätte in der Münstereifeler Straße, eine Erweiterung der Nutzung für andere Sportarten, z.B. Hockey sichergestellt werden könne.

Die Stellungnahme hierzu lautet wie folgt:

Wie in der Vorlage dargestellt, steht ein EU-weites Verbot von Kunststoffgranulat auf Kunstrasenplätzen im Raum. Es gibt noch keine Entscheidung, welches der auf dem Markt befindlichen Alternativprodukte in Rheinbach verwendet werden soll. Bei dieser Entscheidung muss dann berücksichtigt werden, welche Sportarten auf der Anlage durchgeführt werden und welcher Belag für diese Nutzungen der geeigneter ist.

Digitalisierung der Verwaltungs- und Ratsarbeit & digitale Teilhabe der Bürger*Innen in Rheinbach

Beschlusscontrolling
ab der 11. Wahlzeit



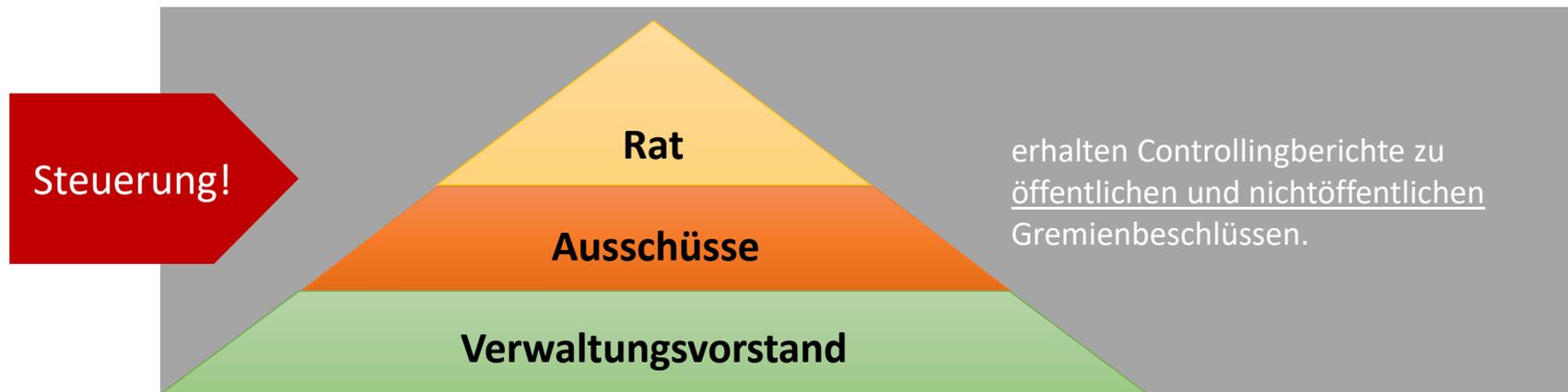
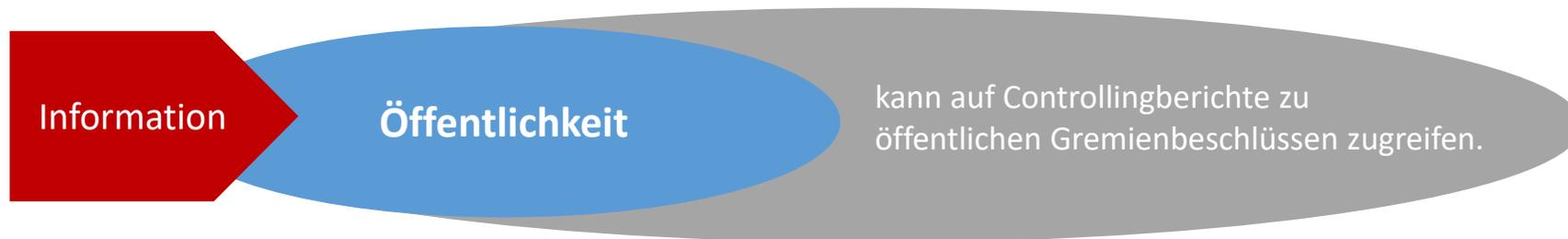
Beschlusscontrolling ab der 11. Wahlzeit

WARUM? - Wo wollen wir hin?!

Durch das Beschlusscontrolling erlangen die Mandatsträger*innen in den Gremien und die Öffentlichkeit Transparenz über die Aufgabenerledigung der Stadtverwaltung bzw. die Bearbeitung der im Rat und in den Ausschüssen gefassten Beschlüsse.



Beschlusscontrolling ab der 11. Wahlzeit



Beschlusscontrolling ab der 11. Wahlzeit

Welche Angelegenheiten sind Teil der Beschlusskontrolle?!



In das Beschlusscontrolling werden grundsätzlich alle Vorlagen ausgenommen, aus denen ein Beschluss folgt, bei dem die Verwaltung tätig werden muss.

Anfragen, Berichte und Mitteilungen scheiden kategorisch aus.

Beschlusscontrolling ab der 11. Wahlzeit

Welche Angelegenheiten sind Teil der Beschlusskontrolle?!



Beschlussvorlagen der Verwaltung werden differenziert betrachtet.

Nicht alle Beschlussvorlagen der Verwaltung sind für die Aufnahme in das Beschlusscontrolling geeignet.

Beschlüsse zu Veränderungen in der Besetzung der Gremien, Beschlüsse zu Satzungen des Ortsrechts, Beschlussvorlagen der Kämmerei Vergaben, Vorlagen zum Verzicht auf das Vorkaufsrecht, Beschlüsse zu Angelegenheiten des Betriebsausschusses, des Wahlausschusses und Wahlprüfungsausschusses werden kurzfristig umgesetzt und bedürfen keiner jährlichen Nachverfolgung.

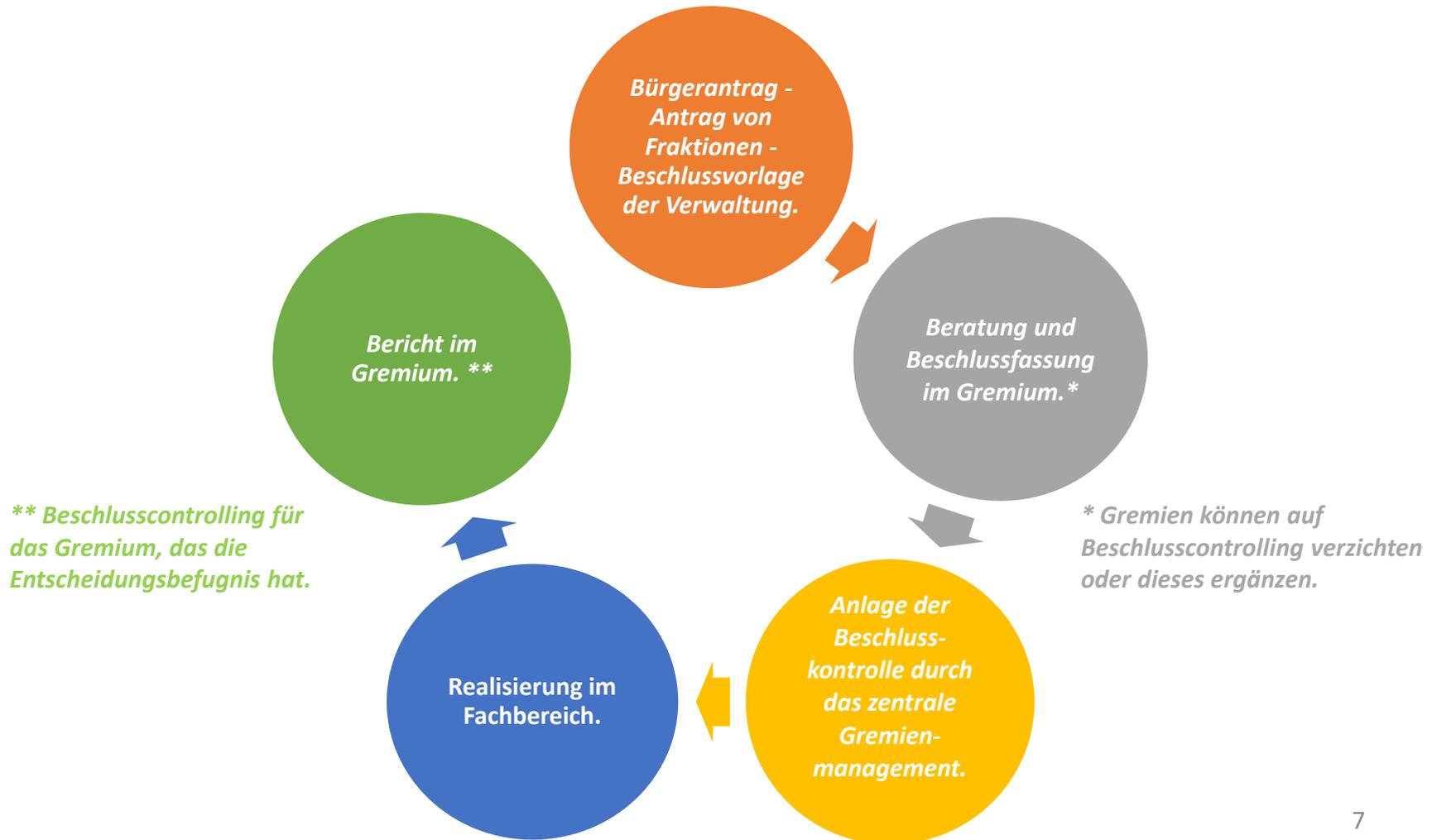
Beschlusscontrolling ab der 11. Wahlzeit

Jedes Gremium erhält zur ersten Sitzung im Jahr seinen Controllingbericht!

Controllingbericht Gremienbeschlüsse (öffentlich)			
Erledigte Beschlüsse			
TOP	Sitzung	Fachbereich / Fachgebiet	Realisierungsstand
Beschlüsse in Umsetzung			
TOP	Sitzung	Fachbereich / Fachgebiet	Realisierungsstand

Controllingbericht Gremienbeschlüsse (nichtöffentlich)			
Erledigte Beschlüsse			
TOP	Sitzung	Fachbereich / Fachgebiet	Realisierungsstand
Beschlüsse in Umsetzung			
TOP	Sitzung	Fachbereich / Fachgebiet	Realisierungsstand

Beschlusscontrolling ab der 11. Wahlzeit



Beschlusscontrolling ab der 11. Wahlzeit

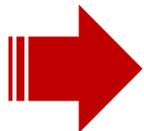
Antrag von Fraktion

Fachgebiet 01
Aktenzeichen: 01.05.03
Vorlage Nr.: AN/0424/2019

Freigabedatum:
XX.XX.XXXX

Vorlage für die Sitzung			
Ausschuss für Stadtentwicklung: Umwelt, Planung und Verkehr	Vorberatung	12.11.2019	öffentlich
Rat	Entscheidung	10.02.2020	öffentlich

Beratungsgegenstand:	Bürgerantrag vom 09.07.2019 betreffend Einrichtung einer Tempo-30-Zone sowie Anbringung eines Zusatzschildes „Lärmschutz„ in der Straße „Vor dem Voigtstor“
Anmerkungen zu Belangen von Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen:	
Haushaltmäßige Auswirkungen/Hinweis zur vorläufigen Haushaltsführung:	
Beschlusscontrolling:	Der Antrag ist für das Beschlusscontrolling vorgesehen



Bei Anträgen von Fraktionen und Bürgeranträgen ist die Aufnahme in das Beschlusscontrolling obligatorisch.

Bei Beschlussvorlagen der Verwaltung, die für das Beschlusscontrolling relevant sind, wird dies in die Vorlage aufgenommen.

Bei der Beschlussfassung können die Gremien auf das Beschlusscontrolling verzichten oder dieses ergänzen.

Digitalisierung der Verwaltungs- und Ratsarbeit & digitale Teilhabe der Bürger*Innen in Rheinbach

Beschlusscontrolling ab der 11. Wahlzeit

Für Fragen steht Ihnen das Teams des zentralen Gremienmanagements gerne zur Verfügung!

Katrin Pesch  238

Sonja Wilhelm  112

Norbert Sauren  454

Auf weiterhin gute Zusammenarbeit!

